

quenzen hin lebhaft erörtert. Ein endgültiges Bild über die Situation läßt sich zur Zeit jedoch noch nicht gewinnen, da man auf jeden Fall erst einmal die Sitzung der staatsparteilichen Reichstagsfraktion, die auf den kommenden Montag einberufen worden ist, abwarten muß. Die Hauptschwierigkeit, die für die staatsparteiliche Reichstagsfraktion gegenwärtig besteht, dürfte darin liegen, daß die einzelnen Gruppen in der Fraktion zur Zeit noch keine Möglichkeit haben, sich anderen stärkeren Fraktionen anzuschließen. Ueberwiegend neigt man in Regierungskreisen der Auffassung zu, daß sich unmittelbare politische Konsequenzen aus dem heutigen Beschluß des Hauptaktionsausschusses der Deutschen Staatspartei nicht ergeben.

Blätterstimmen.

Berlin, 7. Oktober. Zur Spaltung der Staatspartei bemerkt das Berliner Tageblatt: Die Scheidung zwischen den Romanikern und den Liberalen wird niemand überraschen, der die immer erstaunlicher werdenden Vorgänge in dieser Partei verfolgt hat. Noch mehr: Sie mühe von denen schon seit längerer Zeit, eigentlich schon seit der Geburtsstunde der Staatspartei erwartet werden, die gleich uns die Gegensätze nicht nur der Forderungen, sondern schon der Formulierung und der ganzen Vorstellungswelt durchschaut hatten, die nur zu einer rein äußerlichen Verbindung gelangt waren. Man wird nur der Hoffnung Ausdruck geben können, daß die Staatspartei nach diesen äußerst trübenden Erfahrungen wenigstens jetzt den Beruf erkennen möge, eine Vertretung des fortschrittlichen Bürgertums zu sein, an der es ohnehin noch gerade mangelt. Die „Vossische Zeitung“ schreibt unter der Überschrift „Und doch Zusammenschluß“: Es liegt kein Grund vor, an dem guten Willen der Ordensmänner zu zweifeln, der Idee der Zusammenfassung zu dienen. Sie haben aber offenbar die Widersprüche im eigenen Lager unterschätzt. Der Auszug aus der Staatspartei bedeutet einen Rückschlag der Führer vor dem Gefolgschaft. Der Jungdeutsche Orden, dessen Einsatz Mahraum mit der Not des Vaterlandes begründet hatte, hat die Probe dieses Einsatzes nicht bestanden. Die Deutsche Staatspartei hat 20 Mandate erzielt. Wäre der Erfolg größer gewesen, vielleicht hätten sich die Gegensätze, die im Feuer des Wahlkampfes zu immerhin schienen, allmählich überbrücken lassen. Ob die neuen politischen Kampfbündnisse, die im Jungdeutschen aufgeführt werden, eine Vertiefung finden werden, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wird ein neuer Einbruch in die Parteifront nicht mehr so leicht gelingen. Was mit dem Jungdeutschen Orden nicht möglich war, das muß jetzt durch die Zusammenarbeit der Organisationen, die sich nun einmal nicht ausschalten lassen, erreicht werden.

Genf vor dem Reichskabinett.

Der Bericht des Reichsaußenministers gebilligt.

Berlin, 8. Oktober.

Amlich wird mitgeteilt: In der Dienstagssitzung des Reichskabinetts fand die Aussprache über die Genfer Völkervereinigung sowie über die im Reichstag einzunehmende Stellung in außenpolitischen Fragen statt. Das Reichskabinett stimmte einstimmig den Ausführungen des Reichsaußenministers zu.

Berlin, 7. Oktober. In der amtlichen Verlautbarung über die Kabinettsitzung vom Dienstag, an der sämtliche Minister teilnahmen, wird von gut unterrichteter Seite noch ergänzend berichtet, daß die Erklärungen des Reichsaußenministers über die künftige zu verfolgende deutsche Außenpolitik auch von allen Ministern gebilligt worden sind. Die Regierungserklärung, die der Reichstagspräsident am kommenden Dienstag oder Mittwoch vor dem Reichstag abgeben wird, dürfte in außenpolitischer Hinsicht etwa besagen, daß das amtierende Kabinett die bisherige Außenpolitik fortzusetzen gedenkt, daß es jedoch den europäischen Zustand, wie er durch die Friedensverträge und die Reparationsabmachungen herbeigeführt worden ist, keineswegs als endgültig ansieht.

Vor dem Vortrage Brüning's beim Reichspräsidenten

Berlin, 8. Oktober. Reichskanzler Dr. Brüning wird am Mittwoch dem Reichspräsidenten Vortrag über den Ausgang seiner Parteiführerbesprechungen halten. Es ist anzunehmen, daß er hierbei gleichzeitig auch über den wesentlichen Inhalt der Regierungserklärung, die er am kommenden Dienstag oder Mittwoch dem neuen Reichstag vorzutragen gedenkt, berichten wird. Nach Lage der Dinge kommt zur Zeit die Erteilung irgendwelcher neuen Vollmachten durch den Reichspräsidenten an Dr. Brüning selbstverständlich nicht infrage. Bevor in dieser Hinsicht weitere Entscheidungen getroffen werden, wird abzuwarten bleiben, wie sich der Reichstag zu der Erklärung des Reichskanzlers stellt. Auch die von verschiedenen Seiten propagierte Umbildung des Reichskabinetts in personeller Hinsicht dürfte, wie die Telegraphenmeldung erzählt, keineswegs aktuell sein.

Was der Einzelhandel vom Regierungsprogramm erwartet.

Er begrüßt die Vorlage.

Der Verwaltungsausschuss der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hat sich in Dresden nach vorherigen Beratungen der Vereinigten Steuerauschnisse mit dem Regierungsprogramm befaßt und einstimmig folgende Entschlüsse angenommen: Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels verkennt nicht, daß das von der Reichsregierung vorgelegte Finanzprogramm nur teilweise den aus der Wirtschaftskrise sich ergebenden dringenden Forderungen der Wirtschaft entspricht. Trotzdem begrüßt sie die Vorlage dieses Programms, da sie hofft und erwartet, daß dadurch die Grundlage für eine Sanierung der Kassenlage nicht nur im Reich, sondern auch in den Ländern und Gemeinden ermöglicht, zugleich die Grundlage für eine durchgreifende Finanzreform geschaffen und damit der Schug der nationalen Arbeit als notwendige Voraussetzung des Wirtschaftsaufstiegs des deutschen Volkes wirksam gefördert wird.

Litauen gegen Genfer Abmachungen.

Um die Memelregierung.

Auf Grund der von der litauischen und der deutschen Regierung in Genf getroffenen Vereinbarungen sollte die Umgestaltung des aus Litauen zusammengelegten Direktoriums des Memelgebietes unverzüglich erfolgen. Im Gegensatz hierzu erklärt jedoch der Präsident des Direktoriums, daß niemand das Direktorium zum Rücktritt zwingen könne. Unter diesen Umständen dürfte die Erklärung des litauischen Gouvernements, daß die erforder-

lichen Schritte zur Umbildung des Direktoriums bereits eingeleitet seien, wenig Bedeutung haben. Ebenso ist die zugelegte Aufhebung der Pressezensur bisher noch nicht erfolgt. Lediglich ist durchgeführt die Ersetzung des Wahlkreis-Kommissars Simonaitis. Die deutsche Reichsregierung drängt bei der litauischen Regierung darauf, daß noch vor der Wahl am 10. Oktober die Forderungen erfüllt würden. Leider aber dürfte die Erfüllung der Forderungen für die Wahlen zu spät kommen.

Luftverkehrs-Konferenz.

Ein Lustant zur Untersuchung von Flugunfällen?

In Friedrichshafen tagen die Luftverkehrsreferenten der deutschen Länder. Den Vorsitz führt Ministerialrat Dr. Steiger vom württembergischen Wirtschaftsministerium. Wie verlautet, soll auch die Frage der Schaffung eines Lustantes zur Untersuchung von Flugzeugunfällen auf Land und See erörtert werden. Bekanntlich hat das Gesamt-Stein bei einem Unfall eines Wasserflugzeuges sich als zuständig erklärt zur Untersuchung für Flugzeugunfälle zur See. Daß der Tagung besondere Bedeutung beigegeben wird, erhebt man daraus, daß Ministerialdirektor Dr. Braundenburg, der Leiter der Luftfahrtabteilung des Reichsverkehrsministeriums, in Begleitung von zwei Referenten erschienen ist.

Landgemeindevorteiler beim Reichskanzler

Die Notlage der Gemeinden.

Der Reichskanzler empfing in Gegenwart von Vertretern des Reichsfinanz- und Reichsarbeitsministeriums den engeren Vorstand des Deutschen Landgemeindevorteilerpräsidenten Dr. Gerke, den Bürgermeister Dr. Schmidt-Stuttgart und den Vizepräsidenten Ministerialrat Dr. Schellen. Präsident Dr. Gerke schilderte die finanzielle Notlage der Landgemeinden und legte u. a. die Maßnahmen dar, die zur Unterfütterung der Landgemeinden getroffen werden müssen. Im Anschluß fand eine eingehende Aussprache über die Wünsche der Landgemeinden in Verbindung mit dem Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung statt.

Unterredung mit Treviranus.

In einer persönlichen Unterredung mit dem Berliner Vertreter des United Press gab Minister Treviranus die Pläne der Reichsregierung über ihr Verhältnis zum Parlament wieder. Treviranus sagte, daß das Kabinett zunächst auf die Unterfütterung der Sozialdemokraten rechte, um das Misstrauensvotum der Rechtsopposition und der Kommunisten zu Fall zu bringen. Danach beabsichtigt die Regierung, die verfassungsändernden Teile des angelegten Finanz- und Wirtschaftsplans gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung in Kraft zu setzen und die Annahme von anderen Teilen des Planes durch eine Mehrheit des Reichstages sicherzustellen. Die Regierung werde bemüht sein, die

Vertagung des Reichstages

von Mitte November bis März zu erreichen. In der Zwischenzeit werde Deutschland ohne Parlament regiert werden. Treviranus enthüllte, wie die Meldung weiter sagt, zum ersten Male, daß das Reichskabinett einem neuen Plan zur teilweisen Lösung der Arbeitslosenfrage durch Einführung der Arbeitspflicht über, wie es der Minister nannte, der Pflichtarbeit zugestimmt habe. Der letzte Entwurf sehe die sofortige Anstellung von rund 20.000 Arbeitslosen vor, die auf Kurzarbeit bei nicht mehr als 21 Stunden je Woche in staatlichen Unternehmungen jedoch keinesfalls in der Privatwirtschaft Anstellung finden sollen. Der Plan sehe einen durchschnittlichen Monatslohn von 100 Mark für jeden auf diese Weise beschäftigten Arbeiter vor, was etwa der Summe entspreche, die er sonst als Hauptunterstützungsempfänger erhalten würde.

Was der Minister dazu sagt.

In der von der „United Press“ veröffentlichten Unterredung des Reichsministers Treviranus läßt der Minister erklären: „Ich habe in einer Unterredung, die mir mit mir erbat, verschiedene in der deutschen Öffentlichkeit diskutierte Möglichkeiten über die innenpolitische Entwicklung Deutschlands erwähnt. In der Wiedergabe sind einige dieser Möglichkeiten irrtümlich als Pläne der Reichsregierung bezeichnet.“

Brasilianische Revolution.

Der Süden im Aufstande.

Vom aufständischen Süden her haben die aufständischen Staaten ihre Truppen gegen die Hauptstadt Rio de Janeiro in Bewegung gesetzt. Der Belagerungszustand ist über das ganze Land verhängt worden, ohne allerdings in den südlichen Föderationsstaaten beachtet zu werden. Alle Banken sind geschlossen, der Luftdienst ist eingestellt. In Rio de Janeiro sind die Lebensmittelpreise zum Teil um 100 Prozent gestiegen, da die Zufuhr aus dem Hinterland abgeschnitten ist. Die augenblickliche Revolution in Brasilien ist die ernsteste der bisherigen Aufstände in Südamerika.

Schon seit Tagen wurde die Welt mit Meldungen von Ansturzgerüchten herumtrübt, die sich nun zum offenen Ausbruch der Revolution verflücht haben. Die Gouverneure von Pernambuco und Rio Grande do Norte sind zur Abdankung gezwungen worden. In Pernambuco haben die Regierungstruppen gementert und ihre Offiziere einaciert. Rio Grande do Sul ist seit in den Hän-



Das nächste Ziel der Aufständischen

ist die Hauptstadt Rio de Janeiro, gegen die die Revolutionsarmee den Vormarsch angetreten hat. Ob es dem jetzigen Präsidenten Dr. Luiz Pereira (im Ausschnitt), dessen Amtszeit am 15. November abläuft, gelingen wird, diesen entscheidenden Angriff abzuwehren, erscheint fraglich.

den der Revolutionäre. Auch der Staat Parana soll zu den Rebellen übergegangen sein. Der rebellierende Blod verfügt über achtzigtausend Truppen Infanterie, Kavallerie und Artillerie. Die Regierung hat, soweit man das übersehen kann, gegen die Rebellen noch keine Truppen, sondern Teile der Flotte mit einigen Landmannschaften entsandt. Der Staat Sao Paulo trennt das aufständische Gebiet vom Norden und dem Staat Minas Geraes, wo die Regierung ihre Gegenmaßnahmen trifft. Die Hauptstadt von Minas Geraes, Belo Horizonte, ist in den Händen der Aufständischen. Die Bundesregierung hat den Plan, Minas Geraes zurückzuerobern, bevor die Südbellen der Hauptstadt Rio de Janeiro gefährlich werden können. Flugzeuggeschwader belegen Belo Horizonte mehrfach mit Bomben. Starke Landtruppen haben angeblich Rio Preto zurückerobert und befinden sich im Vormarsch auf Belo Horizonte.

Barrikadenkämpfe.

Zwischen Süden und Norden schieben sich die sogenannten Mittelstaaten Bahia und Pernambuco ein, wo auch bereits der Aufruhr aufgestaut ist. In Bahia fanden innere Unruhen statt, bei denen es fünf Tote und neun Verletzte gab. Ein großes Straßenbahndepot mit 72 Wagen wurde zerstört. Die Zerstörung der Straßenbahnen läßt auf Straßenkämpfe mit Barrikaden schließen. In den Meldungen wird nicht gesagt, welche Partei siegte. Man nimmt an, daß sich Bahia und Pernambuco dem Aufstand anschließen.

Politische Kreise in Washington sind der Ansicht, daß der Aufstand in Brasilien die ernsteste der revolutionären Erhebungen ist, die in den letzten Monaten in Südamerika stattgefunden haben.

Kaffeeverbilligung durch Revolution.

Infolge der politischen Unruhen in Brasilien trat an der Kaffeebörse von Rio de Janeiro ein Charter Preis für ein, der sich auf die Weltmärkte fortspalte. So gingen in New York die Preise für Santoskaffee von 12,75 auf 12,25 zurück, ferner die Kokonotz für Koffee von 7,87 auf 7,37 und dementsprechend alle Terminnotierungen.

Bedrohliche Lage für die Hauptstadt.

Die Nachrichten aus Brasilien über die revolutionäre Bewegung im Lande widersprechen sich. Die Regierung in Rio de Janeiro behauptet, daß die Revolution in den meisten Teilen des Landes zusammengebrochen sei. Die Regierungstruppen würden bald Herr der Lage werden. Der Kriegsminister habe sämtliche Reserven unter 30 Jahren einberufen. Verschiedentlich bilden sich Freiwilligenverbände, die den Kampf gegen die Aufständischen aufnehmen.

Der Optimismus der amtlichen Kreise in Rio de Janeiro steht aber im Gegensatz zu anderen Berichten. Insbesondere soll der Staat Pernambuco zu den Revolutionären übergegangen sein. Da die Staaten Rio Grande do Sul und Minas Geraes, die Hauptlebensmittellieferanten von Rio de Janeiro, von den Aufständischen kontrolliert werden, verspricht die Lage für die Hauptstadt bedrohlich zu werden. Unbefähigten Gerüchter zufolge finden im Staate Bahia verheerende Kämpfe zwischen den Aufständischen und Regierungstruppen statt. Die Zahl der Toten und Verwundeten soll hoch sein. Die bevorstehende Regierungsreise dürfte die gespannte Lage noch verschärfen. Der Justizminister soll bereits zurückgetreten sein.

Blutige Gefechte bei Pernambuco.

Der Oberbefehlshaber der Regierungstruppen gefallen.

New York, 8. Oktober.

Nach Meldungen aus Buenos Aires wurde der Oberbefehlshaber der brasilianischen Regierungstruppen im Staate Pernambuco während eines heftigen Gefechtes um die Stadt Pernambuco von den Aufständischen getötet.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 8. Oktober 1930.

Wochenschrift für den 9. Oktober.

Sonnenuntergang	17 ²⁷	Monduntergang	8 ⁵⁸
Sonnenaufgang	6 ¹²	Mondaufgang	17 ⁵⁸

1906: Zeppelin's Luftschiff steigt zu seiner ersten größeren Fahrt auf.

Abends in der Jugendherberge.

„Heute wollen wir das Räuslein schnüren, Lachen, Lust und Frohsinn mit hinein!“

So singend waren die Mädels und die Burschen von der Schule nach Hause gezogen und hatten sich schnell, kaum daß sie etwas gegessen hatten, ans Pöden gemacht. — „Punkt drei Uhr am Bahnhof! Und das niemand etwa zu spät kommt, der Zug wartet nicht!“

Die Schar, die sich dann eingefunden hatte, war freilich nicht so zahlreich wie beispielsweise zur Pfingstfahrt, als die Frühlingssonne ins Land hineinlachte. Der sich aber vor Wind und Wetter nicht fürchtete, der hatte sich eingefunden und war munter und guten Muts. Und als alle eingeflogen waren und der Zug abgefahren war, klangen vergnügte Beisen aus den Abteilfenstern heraus, bis man am Ziel angelangt war.

Endlich war man nun wirklich draußen. Schnell wurde angetreten und schon gings davon im gleichen Schritt und Tritt. Es dämmerte bereits und bald war es stockfinstern. Zwei gute Stunden währte der Marsch durch das Dunkel, dann lag, mitten im herbstlichen Wald, die Herberge vor den jungen Wanderern. Durch die erleuchteten Fenster sah man schon von draußen her andere Scharen um die Tische sitzen, wie sie es sich wohl sein ließen. Dann war man schließlich selbst drinnen und konnte die Angen abstellen. Ein paar Worte mit dem Herbergsvater über das Roher und Wobin, und dann sah man selbst mit seinen Gefährten um einen der Tische und schmauste, was der Kuchel darbot, und trank dazu, was die Herbergsmutter vorsezte. Es dauerte schon ein Weilchen, bis auch der hungrigste Magen gestillt war, denn das Marschieren gibt nun einmal guten Appetit. Hernach aber ging ein Aufsitzern und Singen von Tisch zu Tisch immer um die Wette, wem wohl am besten könne.

Bis es dann endlich Zeit war, zu Bett zu gehen, denn am anderen Morgen wollte man früh heraus, um nicht den schönsten Teil des Tages zu verschlafen und es sollte doch mit neuen Kräften, auf neuen Wegen den neuen Zielen zugehen!

Priv. Schützengesellschaft. Das Königsabendbrot, das in diesem Jahre infolge des Kaufpreises eine Verlegung erfahren hatte, führte gestern Abend die Kameraden mit ihren Angehörigen zahlreich in das Schützenhaus. Das Königspaar wurde bel-